

- Beschluss**
 Wahl
 Kenntnisnahme

Vorlagen Nr. 50/013/2009

öffentlich

Fachbereich: Sozialamt Bearbeiter/in: Herr Przybilla	Datum: 07.05.2009 Az.: ARGE ME-aktiv
---	---

Beratungsfolge	Termine	Art der Entscheidung
Sozialausschuss	28.05.2009	Kenntnisnahme

Informationen aus der ARGE ME-aktiv

- Finanzielle Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
 Personelle Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
 Organisatorische Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Geschäftsführung der ARGE ME-aktiv zur Kenntnis.

Fachbereich: Sozialamt Bearbeiter/in: Herr Przybilla	Datum: 07.05.2009 Az.: ARGE ME-aktiv
---	---

Informationen aus der ARGE ME-aktiv

Sachverhaltsdarstellung:

Seit der letzten Sitzung des Sozialausschuss hat im Wesentlichen die Diskussion auch innerhalb der Arbeitsgemeinschaft die Frage der Weiterentwicklung geprägt. Zu diesem Themenbereich verweist die Geschäftsführung auf die hierzu erstellte Vorlage des Fachamtes.

Die Trägerversammlung der Arbeitsgemeinschaft ME-aktiv hat in der Sitzung am 23.03.2009 zur Stärkung der Geschäftsführung und Optimierung der Geschäftsprozesse organisatorische Veränderungen beschlossen. Gekennzeichnet ist diese Veränderung durch die Einrichtung von drei Bereichen. Allgemeine Verwaltung, Markt und Integration sowie Leistungsrecht sind von nun an mit Bereichsleitungen versehen, diese entsprechen Abteilungsleitungen in der Kreisverwaltung. Gleichzeitig wurde Herrn Uwe Weinand mit der Aufgabe stellvertretender Geschäftsführer beauftragt. Die Besetzung der Stelle der Bereichsleitung Leistungsrecht ist veranlasst. Die Bereichsleitung Allgemeine Verwaltung wird durch den Herrn Bernhard Hildebrandt ausgefüllt.

Des Weiteren beschloss die Trägerversammlung den Wirtschaftsplan für 2009. Das Finanzvolumen umfasst rund 210 Mio. €, ohne die Kosten für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, da diese nicht durch die Arbeitsgemeinschaft bewirtschaftet werden. An Eingliederungsmitteln stehen nach den Zuweisungen durch den Bund rund 27 Mio. € zur Verfügung, dies sind gerundet 2 Mio. € weniger als in 2008. Von den Mitteln sind zurzeit bereit 70% gebunden.

Wesentlicher Gesichtspunkt in der öffentlichen Darstellung war die Widerspruchssachbearbeitung. Ins Hintertreffen gelang dabei die Darstellung, dass die Arbeitsgemeinschaft in 2008 die mit den Trägern vereinbarten Ziele erreichte. Die Geschäftsführung bittet hierzu den ausführlichen und positiven Jahresbericht 2008 zu betrachten.

Bis Juli 2008 lag die Widerspruchssachbearbeitung bei durchschnittlich 2,8 Monaten. Durch hohen Krankenstand und Personalwechsel hat sich der Stand im Verlauf des Jahres erheblich verändert. Seit Mitte Dezember 2008 bis Anfang April 2009 waren im Wesentlichen von 5,5 Planstellen nur 2,5 besetzt. Grund hierfür war das Ausscheiden einer Mitarbeiterin durch den Mutterschutz, eine Langzeiterkrankung und eine Versetzung zum Versorgungsamt. Die Geschäftsführung hat in Zusammenarbeit mit den Trägern und Einhaltung der vorgesehenen Verfahren unterschiedliche Maßnahmen zur Stärkung und Verbesserung der Bearbeitungszeiten veranlasst. Der Personalkörper wurde von 5,5 Stellen auf 7,5 Stellen aufgestockt. Die Stellenbesetzungen standen in der Priorität hinter den Etatisierungsmöglichkeiten im Dezember 2009 an. Hier galt es vorrangig durch die Agentur für Arbeit die auslaufende Verträge zu verlängern. Hierüber wurde in der Sozialausschusssitzung im Februar 2009 berichtet. Die Stellen sind seit dem 30.04.09 alle besetzt und bis auf den langzeiterkrankten Mitarbeiter auch präsent. Bedingt durch die notwendigen Einarbeitszeiten wird die Aufarbeitung einige Zeit in Anspruch nehmen. Eine deutliche Verbesserung ist jedoch bereits erkennbar, so dass zum Ende des 2. Quartals eine zeitnahe Bearbeitung erfolgen wird.

Detaillierte Kenntnisse über die Auswirkungen des wirtschaftlichen Abschwungs liegen noch nicht vor. Erkennbar ist jedoch, dass die steigende Zahl von Kurzarbeitern und die steigende Zahl der Arbeitslosen mittel- und unmittelbar erkennbar sind. Die Zahl der Beratungen steigt, die Zahl der Bezieher von ergänzenden Leistungen ebenfalls. Die Geschäftsführung geht da-

von aus, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften in der zweiten Jahreshälfte erkennbar und deutlich ansteigend wird. Damit steigt entsprechend der kommunale Finanzierungsanteil.

Über den derzeitigen Leistungsstand gibt die beigefügt Powerpointpräsentation Aufschluss. Die Präsentation dient zur gefälligen Kenntnisnahme, da sie wegen des Umfanges nicht vorgetragen wird. Für Fragen im Nachgang steht die Geschäftsleitung gerne auf den bekannten Wegen zur Verfügung.